A1 Gerecht. Global. Grün. | Vier Dimensionen globaler Strukturpolitik

Gremium: Schreibgruppe BAG Globale Entwicklung
Beschlussdatum: 20.08.2018
Status: Modifiziert

1. Die Würde des Menschen ist unantastbar – weltweit und für alle Zeit!

„Jeder hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in der die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden.“

Art. 28 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Übergeordnetes Ziel unserer Politik ist eine gerechte, solidarische und nachhaltige Welt. Im Sinne der Agenda 2030 fordern wir ein erweitertes Verständnis von Entwicklung, indem soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeitsziele zusammengedacht werden und in diesem Sinne alle Länder ‚Entwicklungsländer‘ sind. Entwicklung muss den Menschen und nicht die Menschen der Entwicklung dienen. Der Zivilpakt und der Sozialpakt der Vereinten Nationen implizieren, dass alle Individuen Rechtsträger sind. Sie haben ein Recht auf ein Leben ohne Furcht und Not, ein Recht auf Nahrung, ein Recht auf Entwicklung und das gleiche Recht am Leben auf der Erde und der Nutzung der globalen Ressourcen. Allen Menschen – heute und in Zukunft – müssen vergleichbar geeignete Entwicklungsbedingungen gewährleistet werden können. Dies betrifft neben der Sicherung geeigneter sozialer Verhältnisse (Frieden, Sicherheit, und persönlicher Rechte) insbesondere grundlegende Lebensbedingungen und Bedürfnisse bezüglich Gesundheit, Ernährung sowie Lebens- und Wohnraum. Aus diesem Grund kommt gerade den globalen, natürlichen Lebensgrundlagen die zentrale Bedeutung zu: Atmosphäre, Ozeane, Biodiversität, Land und Wälder.

Die Würde des Menschen ist überall und immer unantastbar, sie gilt unabhängig vom Geburtsort oder vom Geburtstag. Wir stehen damit für eine Politik, die räumliche und zeitliche Gerechtigkeit zum Ziel hat. Unsere Verantwortung endet nicht an nationalen Grenzen oder an den Interessen unserer Generation, sie achtet die Rechte aller Menschen. Diese Überzeugung leitet uns bei unseren politischen Entscheidungen. Dabei ist der Geist der Emanzipation und des Humanismus unsere Triebfeder. Wir kämpfen dafür, dass alle Menschen – heute und in Zukunft – ihre Fähigkeiten entfalten können. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere politischen und wirtschaftlichen Handlungen Menschenrechte nirgendwo auf dieser Welt verletzen. Wir wollen mit der Übertragung von Verantwortung, dass alle Menschen ein Leben leben, das sie selbst wertschätzen. Dabei weisen wir kulturellen und wirtschaftlichen Hegemonismus zurück, der Gesellschaften auf eindimensionale Entwicklungspfade führt und die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. Gleichzeitig verteidigen wir die Universalität der Menschenrechte und individueller Freiheiten als Basis für menschliche Entfaltung und gesellschaftlicher emanzipatorischer Prozesse immer wieder aufs Neue. Diese Grundrechte sind nicht verhandelbar. Dabei sind wir immer eine populäre Stimme für Gleichberechtigung der Geschlechter und Diversity. Selbstverständlich setzen wir uns dafür ein, dass jede*r überall und zu jeder Zeit am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben vollständig gleichberechtigt teilhat.

Die Entwicklungszusammenarbeit muss eingebettet sein in eine Globale Strukturpolitik. Grüne Entwicklungszusammenarbeit im Sinne einer globalen Gerechtigkeit beteiligt sich an der Umsetzung der universellen Menschenrechte

44 durch konkrete Projekte in Partnerländern, aber auch als Anwältin für die
45 Belange der Menschen in den ärmeren Teilen der Welt. Ministerien,
46 Durchführungsorganisationen, multilaterale Akteure und die Zivilgesellschaft
47 müssen Politikkohärenz leben. Grüne Entwicklungszusammenarbeit ist immer
48 politisch und mischt sich ein, wenn Rassismus und Menschenrechtsverletzungen
49 erfolgen. In einer Welt starker nationalistischer Bestrebungen muss sie noch
50 stärker darauf ausgerichtet werden, Brücken zwischen Ländern zu bauen und
51 Verständnis, Toleranz und Wertschätzung füreinander zu schaffen.

52 2. Unsere Weltordnung geht auch gerecht!

53 Unsere globale Strukturpolitik ist das Gegenkonzept zu einer Weltordnung, die
54 von einer neoliberalen Logik und Deregulierung geprägt ist und damit den Abbau
55 politischer Normen vorantreibt, die soziale Ungleichheiten befördert und die
56 natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. Es ist bisher nicht gelungen, die
57 multilateralen Institutionen zu reformieren und die Globalisierung zu
58 regulieren, um gerechte Lebensverhältnisse für alle zu schaffen. Die Kluft
59 zwischen arm und reich, zwischen denen, die teilhaben, und denen, die
60 ausgeschlossen sind, geht weiter auseinander. Damit spielen insbesondere die
61 Industrieländer den Feinden der offenen Gesellschaft in die Hände. Als
62 vermeintlich einfache Antwort auf das Scheitern der Global Governance erstarken
63 Regierungen, die nationalstaatlich denken und das Aufkommen einer neuen Rechten
64 bzw. neo-faschistischen Bewegung befördern. Ihre Macht basiert auch auf dem
65 gescheiterten Globalisierungsmodell neoliberaler Jahrzehnte, in dem die Rendite
66 der Wenigen wichtiger war als die Lebensqualität der Vielen. Die neue
67 nationalstaatliche Stärke ist aber im Kern eine Schwäche. Denn der Nationalismus
68 macht Länder nicht handlungsfähiger, sondern blockiert internationale
69 Kooperation, die zur Lösung vieler Probleme unabdingbar ist. Der neue
70 Nationalismus ist somit ein Symptom der Krise des Multilateralismus und
71 gefährdet sowohl die innere, als auch die internationale Sicherheit mehr denn
72 je.

73 Wir stehen zur internationalen Kooperation in dem Bewusstsein, dass sich die
74 großen Menschheitsprobleme, die auch alle Nationalstaaten betreffen, nicht
75 hinter nationalen Mauern lösen lassen. Dabei dürfen wir nicht blind die Formate
76 der Globalisierung verteidigen, deren Ausgestaltung wir seit Jahrzehnten zu
77 Recht kritisieren. Denn Globalisierung ist kein Selbstzweck, wir müssen sie im
78 Interesse der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen über eine
79 globale Strukturpolitik gestalten und die vielfältigen Vorteile kulturellen und
80 wirtschaftlichen Austauschs gerecht verteilen. Dazu zählt, dass wir global
81 denken und lokal handeln – mit diesem Auftrag müssen wir konsequent unsere
82 gesamte Politik an der Agenda 2030 ausrichten. Wir dürfen nicht länger
83 hinnehmen, dass wir teilweise mit unserer Wirtschafts-, Finanz- und
84 Handelspolitik diese Ziele unterlaufen und das einreißen, was wir mit unserer
85 Entwicklungszusammenarbeit aufgebaut haben. Wir müssen politikfeldübergreifend
86 und interdisziplinär denken und handeln. Globale Strukturpolitik darf nicht nur
87 „als Politik nach außen“ betrachtet werden, sondern ist immer auch Innenpolitik.

88 Das multilaterale System ist nur so gut wie seine Teile – die Staaten und ihre
89 jeweilige innere Aufstellung zur Adressierung globaler Fragen. Dafür müssen auch
90 in Deutschland staatliche Entscheidungsstrukturen geschaffen werden, die innere
91 Widersprüche konsequent im Sinne einer nachhaltigen und gerechten globalen
92 Entwicklung angehen. Eine solche wäre ein „Ministerium für globale Entwicklung“,

93 das sich mit den dringendsten Herausforderungen der Globalisierung
94 auseinandersetzt. Ein solches Ministerium sollte darauf ausgerichtet sein, neue
95 globale Zusammenarbeit auf der Grundlage gemeinsamer Interessen zu schaffen und
96 innenpolitische Zielkonflikte aufzudecken und aufzulösen.

97 Es bedarf auch einer Demokratisierung von Global Governance. Konzepte für die
98 Demokratisierung multilateraler Systeme und Prozesse müssen erprobt werden.
99 Während in der Generalversammlung der Vereinten Nationen alle Länder
100 gleichwertig repräsentiert sind, sind sie dies immer nur über ihre Regierungen
101 und dies unabhängig davon, ob diese aus freien und fairen Wahlen hervorgegangen
102 ist oder nicht. Die Einrichtung eines VN-Parlamentes bestehend aus nationalen
103 Volksvertreter*innen, die in von den VN beobachteten freien und fairen
104 nationalen Wahlen hervorgehen, würde einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der
105 Legitimität des multilateralen Systems leisten. Im heutigen digitalen Zeitalter
106 sind auch weitere globale partizipative Formate möglich, hier muss mutig und
107 innovativ gedacht werden. Die Kontrollmöglichkeiten von multilateralen
108 Institutionen durch zivilgesellschaftliche Akteure müssen erhöht werden. Im
109 Sinne der Agenda 2030 sollten hierfür neue zivilgesellschaftliche Bündnisse
110 sowie politische und wissenschaftliche Kooperationen gefördert werden, u.a.
111 zwischen den großen sozial-, umwelt- und entwicklungspolitischen Verbänden.
112 Insbesondere muss alles unternommen werden, dass diese Zusammenarbeit auf die
113 Bedürfnisse und Visionen der Bevölkerungen in armen Ländern eingeht und
114 entsprechende demokratische und partizipative Dialogstrukturen schafft. Die
115 Interdependenz zwischen Innen und Außen erfordert entsprechend auch, dass
116 Graswurzelorganisationen oder Eine-Welt-Netzwerke sich mit Themen wie Demokratie
117 im Inland verstärkt auseinandersetzen. Der Rechtsruck innerhalb Deutschlands und
118 der EU verkleinert auch ihren Handlungsspielraum, was wiederum ihre
119 Einflussmöglichkeit auf internationale Verhandlungen stark einschränkt.

120 3. Große Transformation

121 Die Große Transformation in eine sozial-ökologisch und wirtschaftlich
122 nachhaltige Zukunft ist unser Entwicklungsparadigma. Unser Ziel ist ein
123 Wirtschafts- und Finanzsystem, mit dem wir globale Gerechtigkeit im Jetzt
124 herstellen und nicht länger auf Kosten zukünftiger Generationen und unserer
125 natürlichen Lebensgrundlagen leben. Dies erfordert eine radikale Transformation
126 bisheriger Produktions- und Konsummuster. Die sozialen und ökologischen Kosten
127 unserer Art zu wirtschaften und zu leben müssen transparent gemacht und in die
128 Preise integriert werden und der Verbrauch und die Belastung unserer natürlichen
129 Lebensgrundlagen müssen im Rahmen der planetaren Grenzen bleiben. Wir müssen
130 bereit sein, die Verteilungs- und Verteidigungskämpfe gegen die aktuellen
131 Profiteure des Systems – zu denen wir meist auch selbst gehören – konsequent zu
132 führen.

133 Wirtschaftliches Wachstum allein ist kein sinnvolles Maß für Wohlstand und
134 Lebensqualität. Vielmehr sind Wirtschaft und Handel Mittel zum Zweck der
135 Erreichung einer größtmöglichen Lebensqualität für alle im Rahmen der Prinzipien
136 der nachhaltigen Entwicklung und der planetaren Grenzen. Solange Wachstum auf
137 Kosten der natürlichen Lebensgrundlagen geht, setzen wir uns für eine Begrenzung
138 systeminhärenter Wachstumstreiber ein und dafür dass die Verursacher der
139 Umweltzerstörung für deren Wiederherstellung oder Kompensationsmaßnahmen
140 aufkommen. Wir stehen damit für ein Wirtschaftssystem, das nicht nur soziale
141 Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit in Deutschland garantiert, sondern

142 globale Gerechtigkeit ermöglicht und damit universalisierbar ist. Auch das ist
143 notwendige Voraussetzung für Glaubwürdigkeit in der Politik, für die wir stehen.

144 Im Rahmen der Agenda 2030 muss "wirtschaftliche Entwicklung" auch in unseren
145 Partnerländern im Sinn einer nachhaltigen Entwicklung definiert werden. Wir
146 wollen Alternativen aufzeigen für Teilhabe und verbesserte Lebensperspektiven
147 nötiges wirtschaftliches Wachstum nicht auf Kosten der sozialen Kohäsion und
148 ökologischer Nachhaltigkeit zu realisieren. Im Sinne von Selbstbestimmung und
149 angesichts planetarer Grenzen und bestehender Ungleichheiten müssen wir auch
150 bereit sein, von Partnern verfolgte alternative Entwicklungspfade zu
151 unterstützen, die der Agenda 2030 entsprechen – etwa die konsequente Verfolgung
152 einer regionalen Kreislaufwirtschaft zum Aufbau wirtschaftlicher Resilienz.
153 Faire Märkte spielen eine Schlüsselrolle zur Entfaltung menschlichen Potenzials,
154 wenn sie wirtschaftliche Diversität und Innovation befördern. Sie müssen gegen
155 die Tendenzen der Monopolisierung im Markt und Vermachtung im Staat verteidigt
156 werden. Wir stellen uns einer breiten Privatisierung öffentlicher
157 Daseinsvorsorge und Infrastruktur entgegen. Die Handelbarkeit und
158 Renditeerwartung darf bei Investitionsentscheidungen nicht über dem öffentlichen
159 Interesse stehen. Arme Länder dürfen nicht dafür bestraft werden, dass sie die
160 Entwicklung ihrer Volkswirtschaften anstreben, sondern müssen konkrete
161 Unterstützung erfahren, um dies auf eine nachhaltige Art und Weise zu tun. Dies
162 bedeutet auch, dass wir globale Verteilungsgerechtigkeit in einem System
163 natürlich begrenzter Ressourcen neu denken müssen.

164 Hoffnungslosigkeit und wirtschaftliche Stagnation ist zum Teil die Verantwortung
165 der Regierungen oder auch Gesellschaften der armen Länder selbst. Gleichzeitig
166 müssen wir die globalen Wirtschafts- und Finanzstrukturen offenlegen und ändern,
167 die eine nachhaltige Entwicklung ärmerer Staaten erschweren oder unmöglich
168 machen – auch in Deutschland. Dazu gehören grassierende Steuer- und
169 Kapitalflucht aus Entwicklungs- und Schwellenländern, die Subventionierung der
170 landwirtschaftlichen Produktion in Industrieländern, die Monopolisierung ganzer
171 Handelszweige sowie die Privatisierung tradierten Wissens durch globale Konzerne
172 oder die kontinuierliche Ausbeutung natürlicher Ressourcen ohne den Aufbau
173 lokaler Wertschöpfungsketten und die Destabilisierung durch Rüstungsexporte
174 insbesondere von Kleinwaffen. Wir fordern daher eine konsequente Überprüfung
175 aller Politikfelder auf die Vereinbarkeit mit den nachhaltigen
176 Entwicklungszielen und – wo immer nötig – entschlossenes Gegensteuern. Wir
177 wollen durch die gezielte Öffnung der Märkte der Industrieländer eine
178 breitenwirksame und inklusive Wertschöpfung in ärmeren Ländern unterstützen.

179 4. Globaler Klima-, Biodiversitäts- und Meeresschutz – es gibt keinen Planet B!

180 Entwicklung und Armutsbekämpfung ist ohne dem Klimawandel, dem
181 Biodiversitätsverlust und der Degradierung der Meere entgegenzutreten, die
182 Ressourcen zu schonen und die ökologischen Lebensgrundlagen zu erhalten, nicht
183 möglich. Dies gilt für jedes Land auf dieser Erde. Wir wollen das im Pariser
184 Klimaabkommen verankerte Prinzip der "gemeinsamen, aber unterschiedlichen
185 Verantwortung" konkret in die Praxis umsetzen. Die Weltgemeinschaft hat
186 insbesondere ein Interesse daran, den signifikanten Investitionsbedarf v.a. im
187 Energie-, Wohnungsbau- und Transportsektor im Interesse ökologischer
188 Nachhaltigkeit in Form der Unterstützung des Einsatzes hochmoderner
189 Infrastruktur zu decken. Der Schutz und die Bereitstellung globaler Gemeingüter
190 erfordert multilaterale Kooperation und angemessene Lastenteilung.

191 Zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens wollen wir anderen als
192 zentralstaatlichen Akteuren viel mehr Raum für Innovation, Fortschritt und
193 Eigeninitiative geben und damit die auf dieser Ebene häufig progressiveren
194 Kräfte stärken. Durch die Förderung dezentraler Prozesse und basisdemokratischer
195 Elemente wollen wir den subnationalen Ebenen und Regionen künftig zu mehr
196 Gewicht und Mitsprache in der internationalen und den nationalen Politiken
197 verhelfen. Im Bereich des Biodiversitätserhaltes gilt es, ähnlich dem Pariser
198 Abkommen, ein Abkommen der kontinuierlichen Weiterentwicklung der Zielvorgaben
199 und konsequenten Umsetzung zu vereinbaren und nachzuhalten. Im Bereich des
200 Meeresschutzes gilt es, ein globales Regime zum Schutz dieses globalen
201 Gemeingutes aufzubauen.